



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland diskutiert die Energiewende. Die Reaktorkatastrophe in Japan hat die Atomfreunde in der Bundesregierung offensichtlich zur Umkehr gezwungen. Wenn die Regierung jetzt die Opposition an einem Atomkonsens beteiligen will, dann werden wir uns nicht verschließen. Allerdings müssen drei Dinge ganz klar sein: 1. Grundlage der Gespräche muss die Rücknahme der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sein; 2. die jetzt abgeschalteten Atommeiler dürfen nicht wieder ans Netz und 3. der Ausstieg muss deutlich beschleunigt werden. Außerdem muss das Parlament der Ort der politischen Willensbildung und Entscheidung in diesem Prozess sein. Wir werden nicht akzeptieren, dass diese Kernfrage der deutschen Politik lediglich von einer von der Bundesregierung eingesetzten Kommission gelöst wird.

Auch in der Libyen-Politik müssen dringende Lösungen gefunden werden. Am 17. März hat der UN-Sicherheitsrat ein Mandat zur Einrichtung einer Flugverbotszone und zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Angriffen des libyschen Diktators Gaddafi beschlossen. Mit ihrer Enthaltung hat die deutsche Bundesregierung gemeinsam mit Russland und China auch keine Ächtung der Verletzung der Menschenrechte vorgenommen. Eine für Deutschland peinliche außenpolitische Situation ist eingetreten. Eine Zustimmung hätte nicht zwangsläufig eine militärische Beteiligung zur Folge gehabt. Die militärische Intervention in einem Land, das an der Schwelle zum Bürgerkrieg steht, ist eine schwerwiegende Entscheidung von großer Tragweite. Humanitäre Motive sind gegen realistische Optionen und Folgerisiken abzuwägen.

Der angekündigte Rückzug Westerwelles als Parteivorsitzender ist nur das äußere Zeichen des Scheiterns einer ganzen Partei, die nie in der Regierung angekommen ist. Und auch jetzt wagt die FDP keinen Neuanfang. So löst man nicht die Dauerkrise der schwarz-gelben Koalition, sondern beschleunigt den Bankrott der Regierung Merkel. Für Deutschland heißt das: Die Koalition wird sich weiterhin in internen Streitereien erschöpfen und nicht ihrer eigentlichen Regierungsaufgabe nachkommen.

Herzlichst
Kerstin Tack, MdB

Die Katastrophe in Japan – Energiewende jetzt!

Es sind erschreckende Bilder aus Japan, die uns vor Augen führen, wie hilflos die Menschen angesichts solch schwerer Unglücksfälle sind. An erster Stelle stehen nun Solidarität und Hilfe für die betroffenen Menschen in Japan. Aber wir sollten auch Lehren aus dieser Katastrophe ziehen.

Bereits vor 25 Jahren, im Jahr des Unglücks von Tschernobyl, bezog die SPD auf ihrem Parteitag 1986 in Nürnberg Stellung für eine „sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ und eine „Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke“.

Die Forderung ist heute so aktuell wie damals. Wir brauchen sichere und saubere Zukunftstechnologien für künftige Generationen und keine jahrzehntealte Risikotechnologie. SPD-geführte Regierungen hatten mit dem Atomkonsens und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz seit der Jahrtausendwende einen breiten gesellschaftlichen Konsens in der Frage der zukünftigen Energieversorgung erreicht und den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen.

Fortsetzung auf Seite 2

Die Katastrophe in Japan – Energiewende jetzt!

Fortsetzung von Seite 1

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat dieses im Herbst 2010 wieder rückgängig gemacht und entgegen aller Warnungen von Sachverständigen und gegen die Mehrheit der Bevölkerung eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke beschlossen. Jetzt versuchen Merkel und Co. die öffentlichkeitswirksame Kehrtwende. Plötzlich soll ein rechtlich umstrittenes Moratorium die Laufzeitverlängerung für drei Monate aussetzen. Nun werden die sieben alten Meiler und der Pannereaktor Krümmel vorläufig vom Netz genommen und alle Atomkraftwerke sollen einer Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Auch die Erneuerbaren Energien sollen nun zügiger ausgebaut werden, obwohl Schwarz-Gelb alle Maßnahmen zur Förderung der Erneuerbaren, die Rot-Grün und die Große Koalition auf den Weg gebracht hatten, gekürzt oder sogar zurückgenommen hat.

Die SPD fordert eine klare Strategie für eine Energiewende. Wir wollen die sofortige Abschaltung der sieben ältesten Reaktoren sowie des Pannereaktors Krümmel – und zwar für immer! Es darf keine Übertragung der Reststrommengen dieser alten auf die jüngeren Meiler geben. Die erforderlichen Sicherheitsnachrüstungen dürfen nicht Gegenstand politischen Kalküls sein. Wir brauchen eine konsequente Wende in der Energieversorgung für mehr Energieeinsparung und -effizienz.

Die Förderung von alternativen Energien muss massiv ausgebaut werden, um bis zum Jahr 2020 mindestens 45 Prozent Erneuerbare Energien im Stromsektor und 14 Prozent im Wärmesektor zu erreichen. Als Brückentechnologie müssen wir vor allem auf Kraft-Wärme-Kopplung setzen. Der Ausbau der Elektromobilität und kraftstoffsparender Antriebstechniken im privaten und öffentlichen Verkehr muss vorangetrieben werden.

Wenn die Bundesregierung bereit ist diese Ziele umzusetzen sind wir zur Zusammenarbeit bereit. Ein parteiübergreifender Konsens in Fragen der Energiepolitik, der auch nach Regierungswechseln Bestand hat, schafft nicht nur Planungssicherheit in einem durch langfristige Investitionen geprägten Sektor, sondern kann auch Grundlage für einen breiten gesellschaftlichen Konsens sein.

Von Deutschland kann der entscheidende Impuls ausgehen, der zeigt, dass eine Industriegesellschaft ohne Atomkraft erfolgreich sein kann.

Die Beratungen über den Atomausstieg und über die künftige Energiepolitik gehören aber in das Parlament. Die Entscheidungen darf sich kein Parlament durch ausgelagerte Kommissionen aus der Hand nehmen lassen. Die SPD-Fraktion hat deshalb die Einsetzung eines Sonderausschusses „Atomausstieg und Energiewende“ beantragt.

Konsequenzen aus dem Dioxin Skandal

Am 23.12.2010 wurde bekannt, dass ein skrupelloses Futtermittelunternehmen aus Niedersachsen dioxinbelastetes Futter in den Umlauf gebracht hatte. In der Folge wurden erhöhte Grenzwerte in Eiern, in Geflügel- und Schweinefleisch nachgewiesen. Mehrere tausend landwirtschaftliche Betriebe wurden gesperrt und Verbraucherinnen und Verbraucher waren zutiefst verunsichert.

Die SPD-Bundestagsfraktion legte daraufhin umgehend einen Forderungskatalog vor, um Konsequenzen aus diesem Skandal zu ziehen.

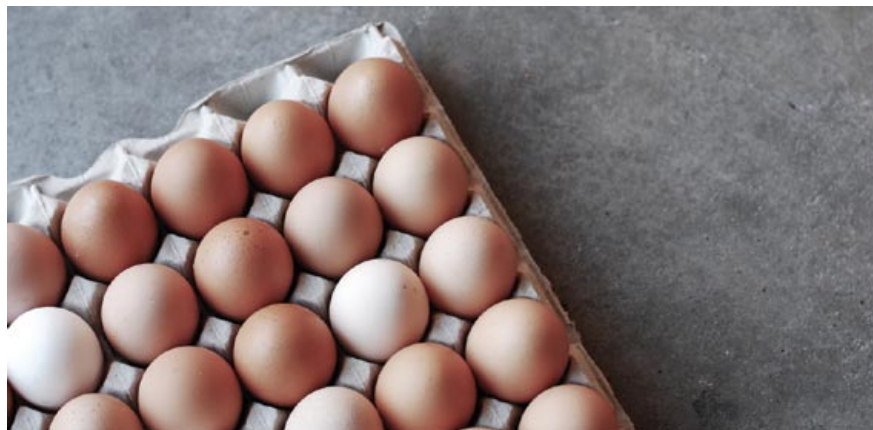
Kernpunkte dessen sind:

- Einrichtung einer bundesweiten Warnplattform mit Lebensmittelwarnungen
- Zeitnahe Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittel- und Futtermittelkontrolle
- strikte Trennung der Produktion von technischen Fetten und Fetten für Futtermittel
- eine offene und vollständige Deklaration der Futtermittelinhaltsstoffe
- Verpflichtung der Untersuchungslabore alle Ergebnisse ihrer Untersuchungen und Kontrollen den Behörden zu melden
- Sicherstellung der lückenlosen Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und Futtermitteln über alle Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen hinweg
- Informantenschutz für Beschäftigte und Mitarbeiter, die die zuständigen Behörden über Missstände bei ihren Arbeitgebern informieren

Diese Forderungen der SPD wurden dann weitgehend im Aktionsplan des Bundes und der Länder „Unbedenkliche Futtermittel, sichere Lebensmittel, Transparenz für den Verbraucher“ aufgenommen. Jetzt bleibt abzuwarten, ob die Forderungen auch tatsächlich umgesetzt werden, oder ob es bei bloßen Absichtserklärungen bleibt. Erste Maßnahmen zur Umsetzung sind vom Bund auf den Weg gebracht. Aber auch die Bundesländer sind gefragt. Sie müssen ihre Kontrollsysteme auf den Prüfstand stellen.

Wir brauchen im Lebensmittelbereich die gläserne Produktion vom Acker bis auf die Teller der Verbraucher. Wir wollen Konsumenten und Landwirte schützen, die auf die Qualität der Lebens- und Futtermittel vertrauen. Förderungen im Agrarbereich muss konsequent umgestellt werden: Nur wer gesellschaftlich erwünschte Leistungen erbringt, soll zukünftig Unterstützung erhalten. Nur wer sich aktiv in seinem Betrieb für mehr Verbraucherschutz, Nahrungsmittelsicherheit und Tierschutz einsetzt, soll öffentliche Mittel erhalten.

Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten zu Recht Ergebnisse, um wieder auf die Qualität der Lebens- und Futtermittel vertrauen zu können.



Verbraucherpolitik stärken für gute und sichere Lebensmittel: Intensivtierhaltung eindämmen!

Auf dem Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover am 12. März im Freizeitheim Weiße Rose in Mühlenberg brachte ich einen Initiativantrag mit dem Titel „Verbraucherpolitik stärken für gute und sichere Lebensmittel“ ein. Der Antrag ist eine Positionsbestimmung der SPD zur Verbraucher- und Landwirtschaftspolitik.



Jede Bürgerin und jeder Bürger ist eine Verbraucherin bzw. ein Verbraucher. Die Anforderungen an eine moderne, partizipative und nachhaltige Verbraucherpolitik muss sich deshalb an den steigenden Bedürfnissen nach Sicherheits- und Gesundheitskriterien, Aufklärung und Information ausrichten. Verbraucherinnen und Verbraucher fragen zunehmend kritisch mit vollem Recht nach der Herkunft, der Produktion und den Inhalten von Lebensmitteln. Nachhaltig konsumieren heißt, bewusst zu konsumieren und sich die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekte des Konsums bewusst zu machen. Unter welchen Bedingungen wurde beispielsweise die Kleidung hergestellt oder wie werden die Tiere gehalten deren Produkte wir konsumieren? Sind die Arbeiterinnen und Arbeiter angemessen bezahlt worden? Waren sie bei der Produktion schädlichen Stoffen ausgesetzt? Und wie sieht die Umweltauswirkungen der Produkte aus? Welche Produkte von welchem Unternehmen möchte ich mit meinem Einkauf nachfragen?

Nachhaltiger Konsum ist eine Alternative zu Konsumstilen, die keine Rücksicht auf Ressourcenverbrauch oder gesellschaftliche Auswirkungen von Produkten nehmen. Aus unserem Leitbild Verbraucherpolitik lässt sich dementsprechend die Zukunft der Landwirtschaft ableiten. Eine an der Nachhaltigkeit orientierte Landwirtschaft kann nicht in Intensivtierhaltung mit nicht artgerechten Haltungsformen, mit überdüngten Böden und massiven Umweltproblemen (u.a. Nitrat und Pestizide im Grundwasser) sowie mit teilweisen Dumpinglöhnen umgesetzt werden. Die Veränderungen in der Landwirtschaft der letzten Jahrzehnte führten insbesondere in Niedersachsen zu erheblichen Strukturveränderungen. Die Zahl der Bauernhöfe ist fast halbiert worden und durch eine industrielle Landwirtschaft mit Massentierhaltung und Fließbandproduktion ersetzt worden. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch eine fehlgeleitete Subventionierung durch die EU, aber auch durch Bundes- und Landespolitische Förderprogramme. Einher geht mit diesen Agrarfabriken eine zunehmende gesundheitliche Belastung des Menschen, eine Belastung der Umwelt und eine Tierhaltung, die nicht mehr artgerechten Kriterien genügt. Hinzu kommen katastrophale Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Produktionsstätten (Schlachthöfe, Lebensmittelverwertung, Futtermittelherstellung). Dieser Entwicklung wollen wir stoppen und verändern.

Mein Initiativantrag nimmt die oben genannten Fragen auf und liefert einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Verbraucherinformationen und vor allem des Tierschutzes. Durch einstimmigen Parteitagsbeschluss ist dieser Antrag nun Beschlusslage der SPD Region Hannover und soll gleichzeitig in die Debatten zum Wahlprogramm für die kommende Landtagswahl einfließen. Die SPD wird bewusst der Entwicklung ländlicher Räume eine Priorität einräumen und eine Landwirtschaft der Zukunft gezielt durch Gesetzesänderungen zur Eindämmung von Intensivtierhaltungsanlagen, zur Verbesserung des Tierschutzes, zur Einkommenssituation von Landwirten und zur besseren Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft gestalten.

Klonfleisch – nein danke

Bereits seit 2008 wurde auf europäischer Ebene ein Vorschlag für eine Verordnung über Neuartige Lebensmittel beraten. Darin sollten unter anderem auch Regelungen für Lebensmittel von Klontieren und ihren Nachkommen beschlossen werden. Das Europaparlament forderte seit dem diese Lebensmittel zu verbieten oder zumindest zu kennzeichnen.

Dies ist nun im abschließenden Vermittlungsverfahren am 28.03.2011 gescheitert. Auch das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung und insbesondere die Stimmabgabe von Wirtschaftsminister Brüderle hat das Verbot und die Kennzeichnung von Fleisch, Milch und anderen Produkten von geklonten Tieren und ihren Nachfahren verhindert. Damit wurde den Interessen der amerikanischen Lebensmittelkonzerne Vorrang gegeben vor den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Interessen deutscher Lebensmittelhersteller sowie der hiesigen Bauern. Die SPD ist überzeugt, dass es ein Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher ist, zu wissen, woher die Lebensmittel stammen, wie sie produziert wurden, und welche Techniken dabei zum Einsatz gekommen und was die Folgen davon sind. Auch sollte nach unserer Auffassung generell verboten sein, dass Lebensmittel von geklonten Tieren oder ihren Nachkommen in den Handel kommen.

In einem Antrag fordert die SPD jetzt, dass sich die Bundesregierung unverzüglich auf europäischer Ebene für ein Verbot von Erzeugnissen von geklonten Tieren und ihren Nachfahren einzusetzen. Für den Fall, dass eine Mehrheit im Rat nicht erreichbar ist, soll die Bundesregierung zumindest eine Initiative für eine Kennzeichnung von Erzeugnissen von geklonten Tieren und ihren Nachfahren ergreifen.



Besuchergruppen in Berlin



31.1.2011: Besuch von 50 politisch Interessierten BürgerInnen aus Hannover bei Kerstin Tack im Bundestag.



10.02.2011: Schulklasse der Käthe-Kollwitz-Schule besuchte Kerstin Tack im Bundestag.



10.03.2011: Schulklasse der Ricarda-Huch-Schule besuchte Kerstin Tack im Bundestag.



10.03.2011: Klasse von Pro Beruf besuchte Kerstin Tack im Bundestag.

Kerstin Tack unterwegs



15.2.2011: Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) über ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik mit oder ohne Ausnahmen – Annette von Pogrell (AsF, Moderation), MdB Caren Marks, MdB Kerstin Tack und MdB Dr. Matthias Miersch (v.l.n.r.)



16.2.2011/links: „Deutschland 2020 – ein modernes Einwanderungsland“ – Christine Kastning (Vorsitzende SPD-Ratsfraktion) im Gespräch mit Schulleiterin Beatrix Albrecht und Avni Altiner (Vorsitzender der Muslime in Niedersachsen, v.l.n.r.)
16.2.2011/rechts: Ali Türk (Geschäftsführer Institut transkulturelle Betreuung - ItB) und MdB Kerstin Tack



17.2.2011 – „Talk mit Tack“ mit Kulturschaffenden in den RosenBuschVerlassenschaften des Künstlerpaares Almut und Hans-Jürgen Breuste



8.3.2011/links: „Hannovers starke Frauen“ – Festveranstaltung zum 100. internationalen Frauentag – Talkrunde mit MdB Caren Marks, Christine Kastning (Vorsitzende SPD-Ratsfraktion), MdB Edelgard Bulmahn, MdB Kerstin Tack und Regina Fischer (Sprecherin Gleichstellung SPD-Ratsfraktion)
8.3.2011/rechts: Prof. Dr. Luise Pusch bei Ihrem Festvortrag



26.3.2011: „Mehr Qualität – mehr Sicherheit – mehr Rechte“: Verbraucherschutzkonferenz der FES Niedersachsen – MdL Andrea Schröder-Ehlers, NRW-MdL Frank Sundermann, MdB Kerstin Tack und Moderatorin Dr. Uta Biermann (v.l.n.r.)



28.3.2011: „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung – Chancen für Kinder“ – Podium mit Anne Hindersmann (SPD-Ratsfraktion), MdB Kerstin Tack, Schulleiter Bernd Steinkamp, MdB Edelgard Bulmahn, Michaela Brüer-Pape (AWO) und Gerda Holz (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, v.l.n.r.)

Interview mit Andreas Gehrke Regionsgeschäftsführer Niedersachsen-Mitte des DGB

Vor wenigen Wochen hast Du die Geschäftsführung der DGB-Region Hannover übernommen. Was werden Deine Schwerpunkte sein?

Gute Arbeit und die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes. Der Missbrauch der Leiharbeit muss beendet werden. Statt prekärer Beschäftigungsverhältnisse wollen wir unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeit. Und wir wollen Löhne, von denen man leben kann und nicht am Monatsende zum Amt muss, um Unterstützung zu bekommen.

Und Bildung. Kinder und Jugendliche sollen wie in anderen Ländern bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam lernen. Am besten ist das durch Gesamtschulen zu erreichen. Ihre Gründung muss zukünftig ohne Einschränkungen möglich sein. Wir wollen mehr Ganztagschulen mit pädagogisch ausgebildeten Fachkräften, die qualifizierten Unterricht und ergänzende Betreuungs- und Bildungsangebote sicherstellen. Und mehr Krippen- und Kitaplätze, wobei das Angebot an die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Familien angepasst werden muss.

Ein weiterer Schwerpunkt wird der Kampf gegen rechts bleiben müssen. Wir müssen alten und neuen Nazis entschlossen entgentreten. Dabei werden wir uns auch nicht von denen abhalten lassen, die rechts und links gleichsetzen, um dann Gegendemonstrationen zu verbieten, die Naziaufmärsche aber zulassen. Das gab es schon in der Weimarer Republik, das Ergebnis ist bekannt.

Mit welchen Hauptforderungen gehen die Gewerkschaften in den 1. Mai 2011?

Unser diesjähriges Motto lautet: „Das ist das Mindeste: faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit!“ Wir fordern kräftige Lohnzuwächse jetzt im Aufschwung, wir haben den Kar-

ren aus dem Dreck gezogen und jetzt sind wir dran. Das hilft auch dem Aufschwung, wenn die Beschäftigten sich mehr leisten können. Wir fordern den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit ab dem ersten Tag.

Wir fordern, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder jeweils den halben Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Röslers Kopfpauschale muss weg. Die Heraufsetzung von Renten- und Pensionsgrenze auf 67 muss rückgängig gemacht werden. Im Augenblick schaffen es die Wenigsten überhaupt bis 65, die Verlängerung ist absurd. Was wir brauchen sind intelligente sozialverträgliche Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand.

Eine weitere zentrale Forderung ist die Forderung nach Abschaffung der Schuldenbremse. Die Gewerkschaften haben sie immer als untaugliches Mittel einer verantwortlichen Haushaltspolitik abgelehnt. Die Schuldenbremse ist nichts anderes als eine Wachstumsbremse. Die Politik gefährdet damit die öffentliche Infrastruktur. Denn nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Schulden machen ist kein Selbstzweck, Sanieren aber auch nicht.

Neben der sozialen Frage sind nachhaltige Energieerzeugung, nachhaltige Produktion und nachhaltiger Konsum ins Zentrum unseres Bewusstseins gerückt. Wie verändert sich dadurch die Politik des DGB?

Ich hoffe auch nachhaltig. Dass der DGB die Forderung nach schnellstmöglichem Ausstieg aus der Atomenergie unterstützt, war ja schließlich nicht immer selbstverständlich. Aber auch wenn wir den Ausbau erneuerbarer Energien fordern, stellt sich die soziale Frage da ebenfalls. Für die dort Beschäftigten muss es auch Tarifverträge und Mitbestim-



mung geben. Da gibt es noch einigen Nachholbedarf auf Arbeitgeberseite, der nicht grün übertüncht werden darf.

Nachhaltige Produktion und nachhaltiger Konsum sollten darüber hinaus in der Tat eine größere Rolle in unserer Arbeit spielen. Da fällt mir nicht nur unsere landwirtschaftliche Produktion ein, sondern auch und vor allem das Thema Kinderarbeit. Unsere Mitgliedsgewerkschaft GEW hat dazu vor kurzem eine Stiftung „Fair childhood - Bildung statt Kinderarbeit“ gegründet. Da kann auch der oder die Einzelne viel machen.

Welche Tipps möchtest du Politikerinnen und Politikern mit auf den Weg geben?

Vielleicht zunächst den, überhaupt Tipps im Sinne von gutem Rat anzunehmen. Diese Bereitschaft scheint ja eher wenig ausgeprägt zu sein, die Beratungsresistenz überwiegt. Zuhören wäre auch gut, gehört schließlich dazu, auch wenn das gelegentlich deutlich schwieriger ist als Reden. Und die Bunker immerwährender Debatten, Sitzungen und Besprechungen öfter mal verlassen und mit „normalen“ Menschen reden, in Berlin die U-Bahn nehmen und nicht nur den Fahrdienst des Bundestages. „Geht in die Vereine“ hat Herbert Wehner gesagt, auch ein guter Tipp, der dazu passt.

Marktbesuche von Kerstin Tack im Juni 2011



16. Juni

10:00 Uhr Marktplatz Kleefeld, Schaperplatz
14:30 Uhr Marktplatz Oststadt,
Lister Meile/Gretchenstraße
15:45 Uhr Markt Sahlkamp,
Hägewiesen/Sahlkampmarkt

17. Juni

09:30 Uhr Markt Stöcken,
Am Stöckener Markt
11:00 Uhr Markt List, Klopstockstraße
14:30 Uhr Bauernmarkt Bothfeld,
Einkaufspark Klein-Buchholz
15:30 Uhr Markt Roderbruch,
Roderbruchmarkt/Nußriede
16:15 Uhr Markt Buchholz,
Bussestraße/Guerickestraße

20. Juni

11:15 Uhr Markt Zoo,
Platz an der Friedenskirche

22. Juni

10:15 Uhr Markt List,
Moltkestraße/ Voßstraße
11:30 Uhr Markt Vahrenwald,
Jahnplatz/Auf dem Dorn

25. Juni

09:45 Uhr Markt Misburg,
Kardinal-Galen-Schule
11:00 Uhr Markt List, Moltkeplatz/ Voßstraße
12:00 Uhr Markt Hainholz, Kaufland

Impressum:

kontakt | Ausgabe 2/2011 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack@wk.bundestag.de
Redaktion: Thilo Scholz | Druck: flyeralarm.de
Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare
Erscheinungstermin: 05/2011
Nächster Erscheinungstermin: 08/2011

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 2 luxuz::: / photocase.com
S. 3 unten rechts: boing / photocase.com

Girls'Day 2011



Am 14.4. besuchte eine Schülerin das Girls'Day-Programm der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin.

Auf dem Foto: Dr. Frank-Walter Steinmeier (Fraktionsvorsitzender SPD im Bundestag), Mehrican Yildirim (Schülerin Realschule Misburg) und Kerstin Tack (v.l.n.r.)

Aus meinem Terminkalender - Mai bis Juli 2011

- 01.05. Kundgebung zum 1. Mai
- 02.05. Gespräch Schulklasse der BBS 14 im Bundestag
- 03.05. DGB Bürgerversicherung Stadthalle Walsrode
- 05.05. Talk mit Tack: Pflege
- 09.-13.05. Sitzungswoche
- 09.05. Gespräch Mädchengruppe aus Hannover im Bundestag
- 09.05. Gespräch Schulklasse der Kurt-Schwitters-Schule im Bundestag
- 12.-13.05. Besuch einer Gruppe politisch Interessierter in Berlin
- 16.05. Talk mit Tack: Schule
- 23.-27.05. Sitzungswoche
- 06.-10.06. Sitzungswoche
- 06.06. Verbraucherpolitische Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion
- 15.06. Wahlkreisforum
- 18.06. Bezirksparteitag SPD Hannover
- 20.06. Forum SPD und Diakonie
- 22.06. Besuch in der IGS Roderbruch
- 23.06. Gespräch Schulklasse der Leibnizschule im Bundestag
- 23.06. Fraktion-vor-Ort: Veranstaltung Inklusion
- 25.06. Sommerfest SPD List-Süd
- 26.06. Kanalfest des SPD Groß Buchholz
- 27.06-01.07. Sitzungswoche
- 02.07. Kinderfest Kleingartenverein Flora
- 03.07. Schützensausmarsch Rathaus Hannover
- 04.-08.07. Sitzungswoche

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie unter
www.kerstin-tack.de

Bürgerinnen- und Bürgersprechstunden von Kerstin Tack

17.05.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr
21.06.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr
12.07.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr
23.08.2011	von 16:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 69 98 05 oder
per E-Mail an kerstin.tack@wk.bundestag.de